



PETER STEFFEN

EUROPAWAHL

McAllister soll an die Spitze

Die CDU plant, mit David McAllister als deutschem Spitzenkandidaten in die Europawahl im Mai 2014 zu ziehen. Zwar ist eine offizielle Entscheidung noch nicht gefallen, führende CDU-Politiker haben sich jedoch im Grundsatz verständigt. Auch Parteichefin Angela Merkel hat sich in einem Gespräch mit McAllister offen gezeigt. Die Frage der Spitzenkandidatur ist in der CDU komplizierter als in anderen Parteien,

da CDU und CSU bei der Europawahl nicht mit einer deutschlandweiten Liste, sondern mit Landeslisten antreten. McAllister, der gemeinsam mit CDU-Politikern um Generalsekretär Hermann Gröhe das Europawahlprogramm der Partei ausarbeitet, soll zunächst am Samstag zum Spitzenmann der Niedersachsen-CDU gewählt werden. Wie bei den Europawahlen 2004 und 2009 soll es aber auch einen deutschlandweit plakatierten Spitzenkandidaten geben. So soll McAllister der deutsche Hauptgegner von EU-Parlamentspräsident Martin Schulz von der SPD werden, der Anfang November zum Spitzenkandidaten der europäischen Sozialdemokraten gekürt wurde. Außerdem soll McAllister die europakritischen Töne aus der Schwesterpartei CSU ausgleichen. Diese dürften deutlich anschwellen, nachdem Parteichef Horst Seehofer den Anti-Euro-Rebellen Peter Gauweiler für die CSU-Spitze vorgeschlagen hat.

KINDESMISSBRAUCH

Union will Vertreter der Opfer abschaffen

Familienpolitiker der Union wollen die erst 2010 geschaffene unabhängige Stelle gegen Kindesmissbrauch in dieser Form offenbar nicht erhalten. In den Verhandlungen über eine Große Koalition überraschten CDU-Unterhändler die SPD mit dem Vorschlag, nur noch einen „Kinderrechtebeauftragten“ einzusetzen, der unter anderem für das Thema Missbrauch zuständig wäre. Die SPD lehnt das ab. Am vorigen Donnerstag konnten sich die Parteien in der Arbeitsgruppe Familie



Rörig

nicht einigen. Intern heißt es, womöglich müsse Kanzlerin Angela Merkel am Ende den Streit entscheiden, wenn es zu einer Koalition kommt. Nach den Missbrauchskandalen in der katholischen Kirche und der Odenwaldschule war die Stelle des Missbrauchsbeauftragten 2010 von Union und FDP gegründet worden. Er entwickelte sich zum Bündnispartner für Betroffeneninitiativen und warf der Bundesregierung wiederholt Untätigkeit vor.

Nun soll die Stelle womöglich wieder unter stärkere politische Aufsicht kommen. Der Unabhängige Beauftragte Johannes-Wilhelm Rörig spricht von einem „unverantwortlichen Signal“. Eine Abwertung der Stelle würde bedeuten, dass die Belange der Betroffenen „wieder entsorgt werden“.

ATOMKRAFT

Mängel bei der Kühlung

Ein Gutachten von Wiener Risikoforschern stellt den Betrieb des Atomkraftwerks im schwäbischen Gundremmingen in Frage. Die Experten um den früheren Abteilungsleiter im Bundesumweltministerium Wolfgang Renneberg bemängeln die Sicherheit des Nachkühlsystems. Im Fall eines Erdbebens verfüge es nicht über genügend Notfall-Wasserkreisläufe, die eine Kernschmelze verhindern sollen. Nach dem Atomgesetz „kommt der Widerruf der Anlagengenehmigung in Betracht“, urteilen die Gutachter. Sie halten selbst eine „einstweilige Stilllegung“ für angemessen, bis der Betreiber RWE Sicherheitsnachweise vorlegen könne. Das Gutachten hatte eine Bürgerinitiative in Auftrag gegeben.